

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. August 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 101

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Aus der Verfolgungszeit unsrer Organisation.  
Geistliche: Die Deutsche Kaiserhoffausstellung.  
Korrespondenzen: Altenburg. — Barfening. — Berlin. — Breslau. Chemnitz. — Dresden. — Frankfurt a. d. O. — Rastenburg.  
Kaufmann: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungsweite Beispiele. — Geriet! — Über die Qualität der Schriftgießer. — Zeigerzeugnisse für die Faktoren. — Vom Deutschen Buchdruckerpreis. — Bücherwagenerwerb mit den baltischen Ländern. — Die neunte Kriegsmesse in Leipzig. — Unterfütterung Kriegsbeschädigter. — Im Zeichen der Erfindungskünste.

## Aus der Verfolgungszeit unsrer Organisation

Nun hat Elio auf ihrer Tafel dreißig Jahre unvordenklichen Sittes der Verbandsleitung in der Reichshauptstadt vermerkt. Es hätte nicht viel gefehlt, so müßte der Griffel dieser Muse noch zu einer andern Feststellung einhalten: daß nämlich gleichzeitig dreimal zehn Jahre lang ein und derselbe Mann die Regierung dieses ehrwürdigen, grundfesten Arbeitergemeinwesens mit geschickter und sorgfamer Hand führen konnte. Doch es ist mit unserm Emil Döblin anders gekommen, als wir jetzt vor fünf Jahren unsern Glückwunsch zu seinem Amtsjubiläum ausklingen ließen. Die vielen, vielen Jahre noch segensreicher Tätigkeit, wie damals unser Wunsch lautete, wurden durch den elf Monate länger andauernden Weltkrieg mit seinen Rückwirkungen auch auf unsern Verband stark beeinträchtigt. Der Tod Döblins am 31. Januar d. J. aber ließ sein Lebenswerk gewissermaßen unvollendet wie die berühmte H-moll-Sonate Franz Schuberts.

Im Buchdrucker stand von jeher starker Wandertrieb. Die Organisation schritt deshalb bei der Reiseunterstützung zunächst zur Zentralisation. Aber auch ihre Zentralisierung mußte mehrmals wandern; der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, wie hier mit Recht zu sagen ist. Mit Ausnahme der ersten Sitzverlegung von Berlin nach Leipzig in den ersten Septembertagen 1887, die notwendig wurde durch den Rücktritt und Domizilwechsel des erstmaligen Vorsitzenden Berold Feistel, hat stets das System der Gewerkschaftsverfolgung dazu geführt. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter galten den herrschenden Gewalten als Staatsgefährlich; schier unbegrenzt waren die Methoden, die zum Zwecke der Niederhaltung der in dem Zusammenflusse der Arbeiterkraft sich ähnelnden Macht in Anwendung kamen. Die Buchdrucker hatten sie schon in der Frühperiode ihrer organisatorischen Regungen (1846—1852) zu fühlen bekommen. Sie unterlagen damals dem von den Behörden in jeder Weise ausgeübten reaktionären Drucke.

Die Ara des Sozialistengesetzes gefährdete den Sitz des Verbandes in Leipzig bedenklich. Die Beschäftigung mit „öffentlichen Angelegenheiten“, wie die in unsern Tagen ganz harmlos klingende Begriffsbildung für Staatsgefährliche Antriebe lautete, hielt die polizeilichen Spürnasen in Atem, ließ aber auch unsre leitenden Kreise nicht mehr zur Ruhe kommen. Die am 21. November 1878 vollzogene Umwandlung des Deutschen Buchdruckerverbandes in den Unterfütterungsverein Deutscher Buchdrucker war der erste Schritt, sich der behördlichen Umklammerung zu entziehen. Er erforderte jedoch im Interesse der Sicherung des Verbandes noch einen weiteren: die am 8. März 1879 vollzogene Sitzverlegung von Leipzig nach Stuttgart.

Der nochmaligen Zertrümmerung der Organisation war damit vorgebeugt. Die Buchdrucker hatten vor 40 Jahren erheblich mehr zu verlieren als in der 1848er Periode. Der preussisch-sächsisch-polizeiliche, der es am 5. März 1879 zu einer nicht mehr wirksamen Auflösung des Verbandes unter seinem alten Namen brachte, hatte also das Nachsehen. Richard Härtel und Gottlieb Vamm, die Hauptvertreter der Leipziger Verbandsperiode, schlugen ihm ein kluges Schnippchen.

Die Zeit des Verbandsitzes in Stuttgart, allwo der einstmals bestehende Verbandsausschuß die Funktionen der Verbandsleitung übernahm und damit die erstgenannte Körperschaft in unsrer Organisation ihr Ende erreichte, sollte gar bald unter ähnlichen Behelligungen von seiten der Behörden leiden. Die württembergische Regierung ließ zwar unsre Organisation ungeschoren, dafür traten aber Bayern und Preußen auf den Plan. Sachsen schwenkte bezeichnenderweise vorderhand vollständig um; im Februar 1881 war dem Leipziger Verein und nachfolgend den Mitgliedschaften Dresden und Chemnitz die Verbindung mit der Hauptorganisation wieder gestattet worden. In Bayern wurde dem Unterfütterungsvereine der „Geschäftsbetrieb“ unterlagert, so daß sich am 15. November 1881 der Buchdruckerunterstützungsverein für Bayern bildete. Die im Jahre 1882 von der Stuttgarter Zeitung herausgegebene Verteidigungsschrift: „Zur Arbeiterverwirklichung, Geschichte und Wirken eines deutschen Gewerkschafts“, erregte in der Öffentlichkeit wohl großes Aufsehen, hatte aber bei den Behörden nicht den gewünschten Erfolg. In den ersten Tagen des Januar 1883 unternahm die Berliner Polizei ihren ersten Versuch, unsre Organisation unter preussische Vormühsigkeit zu bringen. Der Berliner Verein sollte den Nachweis der staatlichen Genehmigung erbringen; an den hiergegen unternommenen Schritten war Gustav Eißler als Berliner Vorsitzender der Hauptbestellte. Die Frage der Erwerbung der Rechte einer juristischen Person für die Zentralinvalidenkasse erweiterte die Schwierigkeiten. Im April 1885 folgte die Frankfurter Polizei dem Berliner Beispiel; es kam dabei heraus, daß die preussische Regierung die Sitzverlegung des Verbandes nach Berlin verlangte. Damit gar nichts fehle, kam man nun auch wegen der Zentralkrankenkasse in Kalamitäten. Die Kasse arbeitete ungenügend; andererseits machten verschiedene Behörden den Versuch, die organisierten Buchdrucker in die neuerrichteten Ortskrankenkassen zu zwingen. In Sachsen hatte sich unterdessen der Wind wieder gedreht, wenn auch dort die lokalen Behörden nicht immer Erfolg hatten mit ihren Verfügungen über Schließung von Mitgliedschaften.

Das Jahr 1886 war nicht nur der Zeitpunkt einer bewegten und opfervollen Tarifrevision (Rheinland-Westfalen), sondern brachte auch die Vorentscheidung in dem Kampfe mit den Behörden. Die vierte (außerordentliche) Generalversammlung in Gotha endigte nach heftigem Meinungsstreite, bei welchem die Stuttgarter Verbandsleitung aus ihrer Abneigung gegen die Verlegung nach Preußen kein Hehl machte — ein neues Moment war hinzugekommen durch die von den preussischen Behörden bekundete Auflösung, die Arbeitslosenkasse falle unter die Versicherungsgesellschaften —, mit dem im Prinzip gefaßten Beschlusse (34 gegen 23 Stimmen), den Verbands-

sitz nach Preußen zu verlegen. Hannover wurde dafür in Aussicht genommen; das größere Abel Berlin sollte so umgangen werden. Der Eventualbeschlusse, die Genehmigung des in Gotha geschaffenen neuen Statuts bei der Berliner Regierung zu erlangen unter Beibehaltung des Organisationsitzes in Stuttgart, war nur als eine den Verlegungsgegnern gemachte bedeutungslose Konzession zu betrachten. Die Spekulation mit Hannover erwies sich bald als falsch; der Regierungspräsident dort lehnte die Niederlassung glib ab.

Mit den behördlichen Drangsalierungen ging es nun in verstärkter Maße weiter. Das Berliner Polizeipräsidium verlangte Ende Februar 1887 von dem Berliner Vereine binnen sechs Wochen den Nachweis der staatlichen Genehmigung, andernfalls werde Schließung erfolgen. Die Mitgliedschaften Barmen, Erfurt, Steffin, Wiesbaden wurden geschlossen — in letzterem Falle wegen Beteiligung an der Zentralschleife —, über andern hing das gleiche Schwert des Damokles. Dem Vorstande des Gaus Oder wurde die fernere Tätigkeit untersagt. Emil Döblin, der nunmehrige Berliner Gauvorsitzer, war der von der Verbandsleitung bestimmte Unterhändler mit den Berliner Behörden. Eine andauernde Mission, die recht schwierig war, viel Aufwand an Zeit und Geschicklichkeit erforderte, auch die Zurücknahme der meisten behördlichen Mahreglungen erzielte, im Schwerepunkte jedoch keine Möglichkeit mehr erbrachte, der preussischen „Annexion“ zu entkommen. Die Versammlungsberichte oder Korrespondenzen unter Berlin im „Korr.“ geben ein anschauliches Bild dieser kritischen Zeitläufte.

Mitte März 1888 hatte die fünfte Generalversammlung in Hamburg über die Schicksalsfrage der Organisation zu entscheiden. Einige Tage zuvor war dem Berliner Gauvorsitzer auf das letzte Geheiß von dem Polizeipräsidium das Ultimatum der preussischen Regierung gestellt worden: Zulassung des Geschäftsbetriebes in Preußen nur unter Voraussetzung der Sitzverlegung nach Berlin und Vorannahme erforderlicher Abänderungen des Organisationsstatuts. In Hamburg ging es noch einmal um die Frage: Dezentralisation (hauptsächlich von Leipzig verfochten) oder Zentralisation? Mit 39 gegen 7 Stimmen wurde ein Antrag Eißler und Genossen angenommen, auf Grundlage der gemachten Vorschläge die Zentralisation mit der Reise- und Arbeitslosenunterstützung aufrecht zu erhalten. Die rein humanitären Unterfütterungseinrichtungen Kranken- und Invalidenkasse wurden also abgezweigt. Das im großen und ganzen schon in Gotha festgestellte Statut erfuhr noch einmal eine Umarbeitung durch den Berliner Vorstand und nach einer von Döblin an Amtsstelle sehr energisch und erfolgreich geführten Abwehr gegen weitgehendere Einwirkungen und Aufsichtsansprüche die Genehmigung des preussischen Ministeriums des Innern. Das feste Gefüge der Organisation, dessen sie als zentrale Gewerkschaft mit bestehenden zentral geregelten Arbeitsbedingungen — ein heute noch von der übrigen Arbeiterschaft nur zum Teil erst erreichter Vorzug — um ihrer selbst willen nicht entbehren konnte, war damit gerettet. Allerdings unter Einkauf der Sitzverlegung nach Berlin, jedoch erwies sich der von den Berliner Behörden erwartete Zwang als übertriebene Befürchtung. Die preussische Regierung hatte ihren Hauptzweck erreicht und zog nun die

Sügel nicht so straff. Der große Streik 1891/92 ließ freilich eine Ausnahmezeit eintreten.

Das neue Statut wurde einer Urabstimmung unterworfen und mit 6161 gegen 2437 Stimmen angenommen. Die Gaue Leipzig mit 1289, Dresden mit 374 und Württemberg mit 305 Gegenstimmen waren die Hauptopponenten. Die Zentralkrankenkasse aufzulösen, wie auf der Hamburger besonderen Generalversammlung beschlossen war, verfiel bei der Urabstimmung mit 5062 gegen 4300 Stimmen der Ablehnung. In der Presse blieb der jahrelange Kampf der Buchdrucker gegen die Behörden nicht unbeachtet. Vielfach bekundete man unsrer Organisation Sympathie. Das „Schwäbische Wochenblatt“ (Stuttgart) vertrat beim Gegensteile so ungefähr die Rolle der „Leipziger Volkszeitung“ jetzt. Der Berliner „Vorwärts“ gab mit der von ihm erkundenen Bezeichnung „Königlich preussischer Gewerksverein“ das Stichwort für alle möglichen Spötereien und Verunglimpfungen aus der Arbeiterschaft gegen unsre Organisation. Die Buchdrucker haben eben immer schon herhalten müssen, sind jedoch wohl dabei gefahren, denn wie selten eine Gewerkschaft vereinigen sie über neun Zehntel aller Gehilfen in ihrer Organisation.

Am 18. Juli 1888 stellte die Stuttgarter Verbandsleitung nach den auf der Hamburger Generalversammlung getroffenen Voraussetzungen und nach erfolgter Vorabstimmung in Berlin Emil Döblin als Vorsitzenden, Reinhold Wiek als Kassierer und Adolf Beyer als Hauptverwalter den Gauvorständen zur Wahl, während A. Galsch, Th. Kusch, G. Janke und H. Waller dem Berliner Vereine zur Nominierung als Beisitzer präsentiert wurden.

Der Stuttgarter Vorstand mit Johannes Diddolp, Franz Sulz und Fris Wndts (allein noch lebend und jetzt Kriegsdienst im Druckereibetriebe leistend) waren die Hauptpersonen dieser noch durch andre Schwierigkeiten und Vorgänge sehr bewegten Organisationsperiode. In Nr. 101 des „Korr.“ von 1888 befindet sich der in schlichten Worten gehaltene Abschied der Stuttgarter Leitung und im Anschlusse daran der vom 1. September datierte Amtsantritt des neuen, wie vorstehend aufgeführt gewählten Vorstandes. Beide Publikationen jetzt zu lesen, läßt das vergangene uns lehrreich wieder vor Aug und Seele treten. (In der Verbandsgeschichte ist als Beilage

zu Seite 416 der Wortlaut dieser und der früheren Bekanntmachungen über die Sitzverlegungen zu finden.) Es war die dritte Wanderung des Verbandes nach elf Jahren wieder die Spitze der Organisation.

Vom September 1888 bis zum September 1918 muß es hier in einem Sprunge geben. Mit 11886 Mitgliedern in 587 Druckorten und 916002 Mk. in allen drei Hauptkassen ging es bis 1. Juli 1914 hinauf auf 70452 Mitglieder in 1800 Druckorten und auf 11327330 Mk. Vermögen in der nun alle Zweige umfassenden Verbandskasse. Dann kam der bitterste Krieg, warf uns bis 1. Juli 1918 auf 30228 Mitglieder zurück (79622 müßten es nach Abzug der normalen Abgänge [4200] sein), entfiel über 600 Druckorte ganz von Verbandsmitgliedern, so daß nur etwa 1200 verbleiben, ließ jedoch trotz der während der Kriegszeit verausgabten statutarischen und freiwilligen Unterführungen von 12290387 Mk. das Verbandsvermögen auf über 12% Mill. Mk. anwachsen.

Welch eine Entwicklung trotz aller Unterdrückungen und Hemmungen der Behörden bis 1888 und nachdem ungeachtet der Irrungen und Wirrungen, Schwierigkeiten wie Schicksalschläge! Das eine lehrte dieser kleine geschichtliche Abriss auf jeden Fall: mit dem Polizeiknüttel sind die Gewerkschaften niemals zusammenzuhalten, mit radikalen Gessen ist aber auch nicht über ihn zu siegen. Er muß gemessert werden durch Wahrung des Zusammenhalts und durch die sich gegen ihn wendende gesunde Vernunft. Die Gewerkschaften haben sich heute eine Position erworben, aus der sie auch die stärkste Offensive des etwa wiederwachsenden Polizeigeistes in Deutschland nicht wieder hinausdrängen könnte. Sie würden nötigenfalls vorübergehend ausweichen, aber schließlich doch in vermehrter Stärke das Feld behaupten. Das lehrt das Beispiel unsrer vielverfolgten Organisation offensichtlich.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Miltenburg. In der am 17. August einberufenen Versammlung hatten sich die Kollegen nicht so zahlreich wie sonst eingefunden. Der Vorsitzende Sturm gedachte zunächst dreier gefallener Mitglieder und beglückwünschte

hierauf die Kollegen Bernhard Wegenkolbe, Paul Frische und Richard Wörhe zu ihrer fünfundzwanzigjährigen Verbandsmitgliedschaft. Kollege Kunze erstattete den Kassenbericht über das zweite Vierteljahr, der einen zufriedenstellenden Bestand aufwies. Aber das Ergebnis der Kassenabrechnung fand nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden eine Ausssprache statt. Gegen den prinzipiell erbobenen Vorwurf, die Beihilfen sei erst durch ihre Führer auf ihre Notlage aufmerksam gemacht worden, müsse protestiert werden. Wenn auch das Ergebnis anerkannt wurde, ebenfalls die Tätigkeit der Beihilfenvertreter, als ein Ausgleich der herrschenden Notlage genügen die Zulagen jedoch nicht; ebenfalls sei die Bezahlung der Überstunden nicht befriedigend. Die Einführung der Feuerzulagen im Bezirk ist allzu langsam gegangen. Der Bericht des Gewerkschaftsrates erstreckte sich über die gerundete Baugenossenschaft, die Lungentuberkulosefürsorge, Verbilligung der Obstpreise, Unterführung des Arbeitersekretariats seitens des Staates und der Gemeinde sowie bessere Ernährung. Weiter wurde beschlossen, den Arbeiterkongress am 1. Oktober wieder eine Unterführung zukommen zu lassen. Der Bezirksmitgliedenstand beträgt 131; zum Heeresdienst entzogen sind 293, wovon 161 verheiratet; entlassen sind 53, gefallen ebenfalls 53.

Barckenstein (Hr.). Am 11. August fand hier eine Bezirksversammlung statt, zu der Kollegen aus Braunsberg, Selltenbell, Dr. Cplau und Weblau erschienen waren. Einige Orte mögen infolge fehlender Bahnverbindung gelebt haben, daß aber aus dem neuen Dr. Cplau es nur ein Kollege für notwendig hielt, zu erscheinen, und Sellberg überhaupt nicht vertreten war, hatte man nicht erwartet. Nach Eröffnung eines gefälligen Kollegen hielt unser Gauvorsteher Reiser (Königsberg) einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag: „Streikläge in das Carl- und Organisationsgebiet“. In der anschließenden Aussprache wurde die Annahme der Prinzipale, den Orten des Reiches mit Ausnahmen zu beglücken, da hier die Feuerung nicht so sehr bevorzugen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Daß der Osten gerade alles hergeben muß, zudem noch sonst viel herausgemastert wird und für die heimische Bevölkerung nur zu hohen Preisen etwas übrig bleibt, scheint man nicht zu wissen. Zudem kommen noch die hohen Steuerzuschläge der städtischen Kleinstädte, zum Teil über 300 Proz. Mit den Steuerzuschlägen, die immerhin nicht reichen, um die „Kriegspreise“ zu zahlen, erklärte man sich vorläufig zufrieden und erkannte dankbar die Mühe der Beihilfenvertreter an. Mit den weiblichen Erbschaften scheint man hier und da nicht viel erreicht zu haben, so daß doch Beihilfen bevorzugt werden. — Nach Schluß blieb man bei einer Bierprobe der Firma J. S. Neumann Nachf. bis zur Abreise gemüthlich beisammen; es sei der Firma hierfür gedankt. — Gehilfenzeitung sei noch auf die Firmen Buchner (Schwe) und Tramer (Gefurt) als Preisrichter in der Carlsgemeinschaft hingewiesen, die zum Teil die Behörden der Kleinstädte mit Druckarbeiten zu preislässigen und billigen Preisen beliefern. Da in der Zeitzeit für die Kleinstadtdruckereien die Behörden wohl fast noch die

## Die Deutsche Faserstoffausstellung

Der Hof gehorchend, nicht dem eigenen Erbe, wird man das Mißtrauen gegen die Erbschaftsbesitzer, wätsche usw. nach und nach abstreifen und sich mit dem einflussreichen Beistand dieser Erbschaften vertraut machen müssen, je länger der unheilvolle Krieg dauert und je unangenehmer die Ausfälle auf Einführung von Faserstoffen: Baumwollseide, Walle, Seide, Hanf und Tute, sich gestalten. Auch wir Buchdrucker, die wir gegen die übermäßige Verwendung von Zellulose in der Papiergewerbeindustrie protestierten, weil wir mit Recht eine Beschränkung für unser Gewerbe befürchteten, werden uns mit der Zeit mit den Verhältnissen abfinden und eine Besserung unsrer gewerblichen Verhältnisse auf andre Art und Weise zu erstreben suchen müssen. Kann man auch schlechterdings nicht von einem Kulturfortschritt reden, so muß man doch die Bemühungen und Ergründungen anerkennen, die in dieser Hinsicht von der deutschen Faserstoffindustrie gemacht wurden und die die Not während des Krieges und auch wahrscheinlich längere Zeit nach dem Kriege wenigstens einigermaßen eindämmen in der Lage sind.

Die Faserstoffausstellung dient dem Zweck, in dieser Hinsicht aufklärend zu wirken; sie soll dem Verbraucher zeigen, welche Fülle von Gebrauchsgegenständen die Industrie auf den Markt zu bringen imstande ist, und wie sehr dadurch die Knappheit an Waren verringert werden kann. Die Ausstellung verfolgt ferner das Ziel, zu weiteren Leistungen anzuregen und zu zeigen, wie die Gewinnung von Faserstoffen aus dem heimischen Boden vermehrt werden kann.

Als Wanderausstellung gedacht, hat die Deutsche Faserstoffausstellung zuerst in Berlin und dann in Düsseldorf allgemeines Interesse erregt und wurde nun in Leipzig am 22. August eröffnet, in welcher Stadt die Dauer der Ausstellung auf rund zwei Monate bemessen ist. Später soll sie nach München gebracht werden. Die Leipziger Ausstellung im Zentrum der Stadt, auf dem Königsplatz, deren Bau eine Ausdehnung von 5200 qm hat, kostete rund 400000 Mk. und übertrifft ihre beiden Vorgängerinnen in allem. Der Zustand der Ausstellung ist weit stärker als früher — mehr als 400 sind vertreten —, zahlreiche Anmeldungen mußten unberücksichtigt bleiben. Der Wert dieser Ausstellung wird nicht unwesentlich erhöht dadurch, daß sie zeitlich mit der Leipziger Herbstmesse

zusammenfällt. Am ersten Sonntag hatte die Ausstellung rund 11000, am Montag dieser Woche über 13000 Besucher aufzuweisen. Vorübergehend stocste der Verkehr an den Kassen; der Katalog war teilweise ausverkauft.

Vorherrschend auf der Ausstellung ist der Zellstoff, und zwar hauptsächlich in Gestalt des aus ihm hergestellten Papiergarns, aus dem die meisten Ausstellungsgegenstände angefertigt sind. Bis vor kurzem wurde der Zellstoff zunächst in Papier verwandelt, dieses in schmale Streifen zerhackt und dann verpörrnet. Neuerdings ist es jedoch gelungen, den Zellstoff, der nur eine kurze Faser hat, auch ohne diese Umwandlung zu verpörrnen. Dieses neue Erzeugnis wird „Zellulose“ genannt. Auch Kunstseide wird aus dem Zellstoff erzeugt. Welsch ist der Zellstoff mit andern Faserstoffen gemischt, wodurch eine größere Haltbarkeit und Geschmeidigkeit erreicht wird. Als vorzüglichster Faser für Baumwolle wird die Welle betrachtet, die allerdings schon in früheren Zeiten in Deutschland verpörrnet wurde, aber leider nicht in großen Mengen vorkommt. Auf ausprobiert ist die Verwertbarkeit des Kolbenchills oder der „Tupha“, welche in deutschen Gewässern sehr viel anzutreffen ist und eine hohe Bedeutung für die Textilindustrie besitzt. Raumgründe verbieten uns, auf alle Faserstoffe einzeln einzugehen; es seien nur noch erwähnt die Zwelfaser, welche als Wolleersatz dienen kann, und die Strohfaser, die als hervorragender Juteersatz gilt.

Außer den Rohstoffen sind in der Ausstellung Seilfabrikate und Seilfabrikate in Külle und Fülle vorhanden.

Die Bekleidungsindustrie zeigt vornehmlich und geschmackvolle Stoffe, fertige Herren- und Damenanzüge, aber auch Mäntel und Arbeitskleidung jeglicher Art. Fragt man nach den Preisen, so bekommt man nur selten die gewünschte Antwort. Zum Teil sind die Waren beschnitten, zum Teil nur versuchsweise hergestellt, einige müssen wieder auseinandergenommen und das Papier daraus zurückgewonnen werden. Gekauft wird trotzdem zeitweise sehr stoff, jedoch nur in größeren Quantitäten von Industriellen, denen natürlich die Fabrikpreise angegeben werden. Den Kleinhändlerpreisen kennen zu lernen, fällt, wie gesagt, schwer, da die Waren nicht mit Preisen ausgezeichnet sind. Und doch spielt der Preis für jeden Konsumenten die Hauptrolle. In einem einzigen Falle gelang es uns, einige Angaben zu erhalten. So kostet z. B. eine Arbeitshose aus anscheinend haltbarem Stoff 18,75 Mk., die Soppe hierzu 18 Mk., ein blauer Arbeits-

anzug 38 Mk. Der Preis für einen einfachen Anzug für einen Knaben im Alter von vielleicht zehn Jahren wurde mit 18,75 Mk. angegeben. Das wäre, nach allem, was man sonst hört, nicht einmal viel. Aber die Haltbarkeit der Stoffe geben die Meinungen auseinander. Nach einer ausgetretenen selbstgenügsamen Urteil, welche nach neuemmonatlichem Gebrauche noch tadellos ausfällt, wäre allerdings weitgehender Optimismus am Platze. Starke Regen können die meisten der Sachen zweifellos nicht vertragen. Auch Schudererfahrungen und die hierzu erforderlichen Klebstoffe sind ausgestellt. Anweisungen für die zu lebenden Leder oder Schuhe werden gegeben.

Eine Sammelausstellung zeigt die Entwicklung der Papiergarnindustrie vom Rohstoffe bis zu den Fertigfabrikaten. Technische Bedarfsartikel für den Heeresbedarf sind in größeren Mengen vorhanden, ferner eine reichhaltige Auswahl von Teppichen, Säusen, Vorhängen usw.

Die Frage, ob und wie man Stoffe und fertige Fabrikate aus Papiergarn waschen kann, wird bejaht, die Waschung selbst vor den Augen der Ausstellungsbesucher praktisch vorgeführt. Eine Waschmaschine ist aufgestellt, deren Benutzung es ermöglicht, 30—40 Waschungen an Papiergeweben vorzunehmen. Der Preis für derartige Waschungen wird nicht verraten.

Treibriemen, 110 mm breit, 8 mm stark, werden die Aufmerksamkeit des Publikums. Selbst Korbmodelle sind aus Papier hergestellt worden, welche einen ganz soliden Eindruck machen. Maschinen, Werkzeuge und Geräte zur Herstellung der Fabrikate, z. B. Papierrollenschneidemaschinen, eine Papierrollenwindmaschine usw., nehmen einen weiten Raum der Halle ein.

In einem besonderen Räume stellt die volkswirtschaftliche Abteilung der Reichsbekleidungsstelle Pläne, Tabellen und graphische Darstellungen aus; hier wird der Verbrauch an Textilrohstoffen im Jahre 1913, auf die einzelnen Länder verteilt, auf veranschaulicht; ferner die Abhängigkeit der deutschen Textilindustrie vom Ausland, die eigene Produktion Deutschlands und der deutschen Kolonien, Statistiken über Textilrohstoffverhältnisse usw. Denjenigen Kollegen, die Gelegenheit dazu haben, empfehlen wir, sich vom derzeitigen Stande der Textilindustrie durch eingehende Besichtigung der Ausstellung zu überzeugen. Sie ist täglich geöffnet von 9 bis 7 Uhr; Eintrittspreis 1 Mk.

stiegen Auftraggeber sind, so dient das Vorgehen solcher Firmen gewiss nicht dazu, den Dringlichkeiten und Gebilden das Durchhalten zu erleichtern. Also Carlspresse! Damit das Buchdruckerwerk nicht ganz in den Abgrund stürzt.

**Berlin.** In dem Bericht über die Kreisvorsieherkonferenz des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften (Nr. 95) heißt es an einer Stelle: „Das 1911 von der Berliner Zeitung übernommene Vermögen von 40,11 Mk. flieg bis 1. August 1918 auf 18423,75 Mk.“ Das tatsächliche Bild wird dadurch verfohlen. Neben diesem geringen Betrage — NB. nach Bezugsung der Forderung an die Delegierten zur Kasseler Generalversammlung sowie nach Ausgleich aller Verbindlichkeiten —, die der Rest von etwa 1100 Mk. Kassenbestand waren, die in der Kasseler Zeit ausgewiesen wurden, sind doch auch sachliche Vermögensstücke, wie an 80 Rundsendungen, Portragsmaterial, Inventar usw., abgeliest worden. Das darf nicht verschwiegen werden, da in das heutige Vermögen solche Werte ebenfalls eingerechnet werden, während an ihrem Kassenbestand Ende 1917 nur 630,96 Mk. vorhanden waren. Namens der damaligen Zeitung, die bis auf einen unlängst verstorbenen Herrn aus Verbandsmitgliedern bestand, die fünf und acht Jahre ohne jede Entschädigung der Sache gedient haben, obwohl die Kasseler Tagung ihnen solche zusprach, sei der Legende begegnet, als habe es Berlin damals an Sparsamkeit fehlen lassen.

**Breslau.** Die außerordentliche Generalversammlung am 14. August gedachte ehrend dreier weiterer Opfer des Weltkrieges, wozu die Zahl 100 nimmend um zwei überschritten ist, sowie eines hier verstorbenen Kollegen. Eine lebhaft Debatt entspann sich beim Punkt: „Anstellung eines Driskassierers“. Die im März d. J. stattgehabte Bezirksvorsieherkonferenz des Gauess Schließen hat beschlossen, nötigenfalls, d. h. präventiv bei Rückkehr der Kollegen aus dem Felde, den Gaukassierer, der bis jetzt gleichzeitig die Kassengeschäfte des Ortsvereins Breslau verwaltete, für den Gau allein anzustellen, wodurch der Ortsverein in die Schwanglage verlegt wird, da eine Verwallung der Kassengeschäfte im Nebenamt nicht mehr möglich, die Anstellung eines Driskassierers in die Wege zu setzen, um sich vor Überraschungen zu schützen. Mit einem Dutzend Stimmenmehrheit wurde schließlich die Anstellung beschlossen und der Vorstand mit der Bildung einer Kommission zur Bearbeitung der Angelegenheit beauftragt. Da das Vereinsvermögen infolge der langen Kriegsdauer eine bedeutende Verringerung erfahren hat sowie in Anbetracht der jetzt schon sehr hohen und künftig sich wohl noch steigenden Zahl der Kranken und nicht zuletzt zur Sicherstellung der Invaliden, die ja durch den Krieg ebenfalls eine schnellere Zunahme erfahren werden, wurde eine Beitragserhöhung von 25 Pf. vom 1. Oktober ab beschlossen. Die Beschlussfassung über eine eventuelle Feler der Verbands- und Bezirksverbände wurde ausgesetzt. Anlässlich seines fünfundsanzwanzigjährigen Verbandsjahrtages wurden dem erkrankten ersten Vorsitzenden Bäcker, die herzlichsten Grüße der Verammlung entboten mit dem Wunsche, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, zum Wohle der Organisation zu wirken.

**W. Gernitz.** Eine am 17. August abgehaltene Vertrauensmännerversammlung beschäftigte sich außer mit internen Ortsvereinsangelegenheiten mit der neuen Steuerungsanlage und einer aufgenommenen Ferienliste. Betreffs ersterer konnte festgestellt werden, daß sie von sämtlichen Firmen glatt bewilligt wurde. Die Firmen Adam, „Allgemeine Zeitung“, „Beckhiff“, „Neueste Nachrichten“, „Schönberr, Ahlmann in Siegmars (vor kurzem gewährte Zulagen von 1 bis 5 Mk., wöchentlich wurden nicht angerechnet), „Vollstimme“ und „Nichter“ zahlten die erste Woche voll aus. Die Beibringe sowie Hilfsarbeiter und arbeiterInnen erhielten ebenfalls eine Erhöhung ihrer Steuerungsanlagen bei fast allen Firmen. Die Ferienliste ergab, daß von 65 Firmen 13 Ferien gewährt wurden auf die Dauer von 3 bis 14 Tagen. Eine Firma zahlte statt der früheren Ferien pro Woche 2 Mk. Steuerungsulage mehr. 32 Firmen beschließen überhaupt keine Ferien mehr und von den verbleibenden 19 Firmen, die keine Ferien gewähren, beschließen 9 sehr kurzem neues Personal, aus welchem Grunde sie die Ferienbewilligung ablehnten. Die größte Firma am Orte (Pichenbahn & Sobn) lehnte eine Erweiterung der Ferien ab.

**Dresden.** (Gauamgliederungsverammlungen am 25. Juli und 15. August.) Nach Berichterstaltung durch den Kollegen Freitag über die Verhandlungen des Gauess zeigte sich allgemeines Einverständnis mit dessen Beschlüssen. Die Vorstandswahl mußte bis zur Erledigung der Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden vertagt werden. — Inzwischen sind die Kollegen Wendische als erster Vorsitzender und Freitag als zweiter Vorsitzender gewählt worden, so daß die in der Generalversammlung des Dresdener Buchdruckervereins gewählten Revisoren die am 15. August abgehaltene Gauamgliederungsverammlung als Gauvereinswahlen wählte. In dieser Verammlung konnte Kollege Wendische über die fast glatte Einführung der Steuerungsulage berichten und hervorheben, daß einige Firmen in lobenswerter Weise bereits vor dem 1. August die Zulage voll gewährt haben. Aber die abgeänderte Überwachungsabteilung gab Kollege Wendische die erforderliche Unterstützung. Bedauer wurde in der Diskussion, daß die Kamer wieder die Erleichterung zels, bei tatsächlichen Übermerhebungen den nach besserer Bezahlung strebenden Kollegen gewissermaßen als Strafe dafür etwas zu zahlen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ brachte Kollege Freitag eine auszuwählende wichtige Stellen des „Werkzeugs“ für die im Kreisdienste lebenden, im Besonderen die Aufnahme kriegsbeschädigter Kollegen in den Vorstand, zum Vortrage.

**Dresden.** (Generalversammlung des Dresdener Buchdruckervereins.) Nach Erörung der im Berichtsjahre gestorbenen und dem Kriege zum Opfer gefallenem Mitglieder gab Kassierer Steinhilf kurze Erläuterungen zum gedruckten Berichte, der nach kurzer Diskussion einstimmig genehmigt wurde. Unterstufungen und Beiträge wurden in alter Höhe befallen. Der Graphischen Vereinigung wurden wie alljährlich 100 Mk. Zuschuß bewilligt. Die Vorstandswahl mußte bis zur Erledigung der Gauvorstandswahl auf den 15. August vertagt werden. In dieser Generalversammlung wurde der Gesamtvorstand neu gewählt.

**Bezirk Frankfurt a. d. O.** Die neuen Steuerungsulagen wurden in sämtlichen Orten unseres Bezirks in den tariffreien Druckereien prompt gezahlt. Die Firma Wagner (Schwefel) hat in dankenswerter Weise auch ihre Beibringe bedacht. Dieselben erhalten jetzt 8, 10 und 12 Mk. Steuerungsulage.

**K. Rassenburg.** In der am 18. August hier abgehaltenen allgemeinen Buchdruckerversammlung referierte Gauvorsieher Reitsner (Königsberg) über das Thema: „Streitfrage in das Organisations- und Tarifgebiet“. Der vorerklärten Zeit wegen wurde von einer Diskussion Abstand genommen, es erklärten aber die Anwesenden auf allen Beschüssen ihre Zustimmung. Für seinen lehrreichen und ausführlichen Vortrag dankte die Verammlung dem Kollegen Reitsner besten Dank ab. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Verammlung geschlossen. Auf Wiedersehen in Lytal!

### □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Robert Pechstein (Hohenstein-Ernstthal) als neunundneunzigstes das Eisene Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: C. Meißner (Berlin), Karl Heinze (Bernau), Rudolf Müller (Burg b. M.), Joseph Stehie (Donauwörth), Christian Seid (Gmünd), Paul Hilpert (Kalle a. d. S.), Paul Ackermann (Hohenstein-Ernstthal), Walter Kobbio und Gottlob Scharfberg (Leipzig), Max Schönig (Liebenwerda), Paul Janitschka und Wilhelm Jungbluth (Wittenberg). 6202 Verbandskollegen haben somit das Eisene Kreuz erhalten.

**Anschauenswerte Beispiele.** Anlässlich der Feler des fünfzigjährigen Bestehens ihres Setzungsunternehmens (siehe Rundschau vom Nr. 98 des „Korr.“) überlies die Bergische Verlags-Gesellschaft m. b. H. in Wald (Rheinland) ihren und der Arbeiter mit ihr in enger Verbindung stehenden Westdeutschen Grobdruckerei, G. m. b. H., je eine Wochenlohnrate. Alle redaktionellen und kaufmännischen Angehörigen wurden mit entsprechenden Zuwendungen bedacht. — Die Buchdrucker Deutsche Verlag, in Firma Reinhard Pfeiffer, in Würzburg gewährte ihren Gehilfen in Anbetracht der jetzigen Steuerung einen doppelten Wochenlohn nebst Steuerungsulage.

**Ferien!** Die Buchdrucker Deutsche Verlag, in Firma Reinhard Pfeiffer, in Würzburg bet einjähriger Beschäftigung drei Tage. — Die Reichsdruckerei in Berlin allen männlichen Personen, die vor dem 1. April 25 Jahre alt waren, bei einjähriger Beschäftigung sechs Arbeitstage, allen männlichen, welche vor dem 1. April 45 Jahre alt waren, neun Tage und solchen, die Monatslöhne beziehen, zwei Wochen oder zwölf Arbeitstage.

**Über die Qualität der Schriftsteller.** In dem Fachblatt für das gesamte Fachschriftenwesen „Die Fachpresse“ finden wir einen umfangreichen Artikel von Dr. Franz Schacht (Koblenz) über: „Die soliden Schriftsteller“, in welchem der Verfasser unter anderem die Handlungsweise einzelner Schriftsteller moniert, welche den Schriftstellern gegenüber wegen angeblicher Unleserlichkeit des Manuskripts Honorarabzüge vornehmen. An der Hand der Korrekturen ist der Verfasser in einem solchen Falle der behaupteten Unleserlichkeit auf den Grund gegangen und zu dem Resultat gekommen, daß nicht ein einziges Mal Fehler in solchen Wörtern geleht wurden, die rein für sich gelesen zweideutig sein müßten. Die Schriftsteller fanden sich vielmehr nur in deutlich geschriebenen Wörtern. Aus dieser auffallenden Erscheinung zieht der Verfasser mit Recht den Schluß, daß der Setzer bei den unbedeutlichen Wörtern besonders aufmerksam und im Zusammenhang mit dem ganzen Satz zu lesen gezwungen war, während er im übrigen sorglos arbeitete. Es handelt sich also in dem fraglichen Falle nur um sogenannten Flüchtigkeitsfehler, und der Honorarabzug war auch nach unv. Meinung ungerechtfertigt. Des weiteren wird in dem Artikel gesagt, daß ein anderer Schriftsteller infolge einzelner zweifelhafter Buchstaben, wo das Wort aber immer noch im Zusammenhang lesbar war, eine ganze Arbeit für „nicht entzifferbar“ erklärte. Ob außer dem Schriftsteller auch die in Frage kommenden Setzer diese Arbeit als nicht entzifferbar abgelehnt haben, wird nicht gesagt. Erhöhem behauptet Verfasser, daß das „Qualitäts“ der Schriftsteller gegen früher ganz gewaltig nach rückwärts gewichen ist. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Beibringszahl während des Krieges relativ stark zugenommen hat und die Ausbildung des Nachwuchses in letzter Zeit naturgemäß nicht in dem gewünschten Maße erfolgte, so müssen wir doch entscheiden gegen die Verallgemeinerung Verwallung einlegen, welche sich der Verfasser des fraglichen Artikels erlaubt. Er selbst schwächt allerdings seine Behauptung in den folgenden Sätzen dadurch ab, daß er sagt, die Setzer sind in ihrer Vorbildung, wenn es berechtigt ist, aus dem Verhalten des

Schriftsetzer auf die Setzer zu schließen, so weit abwärts gelitten, daß sie nur noch Buchstaben, nicht aber ein Wort aus dem Zusammenhang mehr lesen können. Und wenn er weiter betont, es sei „ganz unzuverlässig, daß die Schriftsteller die Qualität ihrer Setzer mehr, als berechtigt ist, herabsetzen, um auf diesem Umwege die Leistungen und Bezahlungen der Schriftsteller herabzudrücken“, so nimmt er seine Behauptung von dem ganz gewaltigen Rückgange der Qualität der Schriftsetzer zum Teil wieder zurück. Immerhin hätte man erwarten dürfen, daß der Verfasser seinem berechtigten Zorn über die Rohndrucker der Schriftsteller nicht die Beibringung eines ganzen Berufsstandes hätte folgen lassen. Im Gegensahe zu Herrn Dr. Schacht sind wir der Meinung, daß gerade in bezug auf Entziffern des Manuskripts von den Setzern im allgemeinen sehr beachtenswerte Leistungen erzielt werden.

**Steuerungsulagen für die Faktoren.** In die Faktoren, Obermaschinenmeister und Abteilungsleiter werden ab 1. September 1918 folgende Steuerungsulagen gewährt:

auf monatliche Einkommen bis zu 300 Mk.	75 Mk.
„ „ „ „ 350 „	70 „
„ „ „ „ 400 „	60 „
„ „ „ „ über 400 „	50 „

Unter Einkommen ist das Gehalt einschließlic der bisher gewährten Zulagen zu verstehen. Gehaltssteigerungen oder Steuerungsulagen, welche seit dem 1. April 1918 bewilligt worden sind, können auf die neuen Steuerungsulagen angerechnet werden. Anrechnungsfähig sind natürlich nur Zulagen, die über die früher gewährten Steuerungsulagen hinausgehen. Die „Graphische Welt“ gibt der Fassung Ausdruck, daß, da einschlägige Prinzipale die neuen Zulagen schon ab 1. Juli (also am 31. Juli) berechnet haben, nimmehr recht viele andre Kollegen bereits ab 1. August (zahlbar am 31. August) in den Genuss der neuen Steuerungsulagen kommen möchten.

**Vom Deutschen Buchdruckerpreisrat.** Hauptvorkand und Berechnungsamt des Deutschen Buchdruckervereins erinnern in einer Bekanntmachung an der Spitze der letzten Nummer der „Zeitschrift“ daran, daß ohne Genehmigung des Vereins weder der vollständige noch teilweise Abdruck des Preisratens noch eine Bearbeitung von Auszügen erlaubt ist. Grund zu dieser Erinnerung hat die verschiedentlich Ankündigung von Preisberechnungsbüchern, Leitfadern zur Drucksachenberechnung usw. auf Grund des Preisratens gegeben. Mit Recht verweilt die Zeitung des Preisratensvereins darauf, daß durch derartige Bearbeitungen nicht nur die Bestrebungen des Vereins beeinträchtigt werden, sondern auch Anzuträglichkeiten vor den Tarifinstanzen entstehen insofern, als die in Frage kommenden Preise zum Teil den tariflichen Grundlagen nicht entsprechen. Das Urheberrecht soll daher ausdrücklich gewahrt und die unzulässige geschäftliche Ausnutzung unter keinen Umständen gestattet werden. Von Bezirksbaw. Ortsvereinen festgesetzte örtliche Preise bedürfen der vorherigen Nachprüfung durch das Berechnungsamt in Leipzig, bei welchem auch die Genehmigung zur Bekanngabe derartiger Preise einzuholen ist. Ferner wird in der Bekanntmachung die Herausgabe einer von Zeit zu Zeit neu erscheinenden Preisliste für häufiger vorkommende Abzügenarbeiten angezigt.

**Bücherwagenerkehr mit den baltischen Ländern.** Der Vorstand des Vereins der Buchhändler zu Leipzig hat im Einverständnis mit den zuständigen militärischen Stellen einen regelrechten Bücherwagenerkehr nach Riga, Reval, Dorpat, Pernau und Mitau eingerichtet. Die Wagen werden regelmäßig, und zwar jeden Donnerstag, abgehen.

**Die neunte Kriegsmesse in Leipzig.** Die diesjährige Herbstmustermesse, welche in der laufenden Woche, also vom 25. bis 31. August, stattfindet, weist hinsichtlich der auswärtigen Besucherzahl (rund 100000) die höchste Beteiligung auf, welche die Leipziger Messe jemals gehabt hat. Der fortgesetzte Zuwachs, der selbst während des Krieges (mit Ausnahme des ersten Kriegsjahrs) nicht unterbrochen werden konnte, legt bereites Zeugnis ab von der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Neu eingegliedert sind in diesem Jahre die technische und die Baumesse; die erstere weist etwa 550, die letztere rund 350 Aussteller auf. Die Zahl der ausstellenden Firmen beträgt insgesamt 5400, gegen 4200 während der letzten Friedensmesse im Frühjahr 1914. Aus dem verbündeten und dem neutralen Ausland sowie aus den besetzten Gebieten ist eine große Zahl von Fremden angekommen, so z. B. aus Österreich-Ungarn 1000, aus Polen 600, aus Holland 300 und aus der Schweiz 250 Aussteller. Durch den Krieg hatte der internationale Charakter naturgemäß zunächst gelitten, im Verlaufe des Krieges ist jedoch der Wert der Messen erst recht zu erkennen gekommen. Die Früchte der während des Krieges gesammelten Erfahrungen in dieser Hinsicht werden erst nach dem Völkerringen ihrer Reife entgegengehen, und Leipzig wird als das Verkehrszentrum der deutschen, wenn nicht der mittel-europäischen Industrie die Hauptrolle spielen. Das vor einiger Zeit ins Leben gerufene Museum für die Muster-messen, welches aus nur drei Mitarbeitern, dem Räte der Stadt Leipzig, der Handelskammer in Leipzig und der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Muster-messe, e. V. in Berlin, besteht, hat die Aufgabe, den Behörden in allen einschlägigen Fragen als Vermittler zu dienen, den Besuch der Messen und den Verkehr zu erleichtern und vor allem die Einrichtungen der Mustermesse in jeder Weise zu fördern und sie im Interesse des deutschen Geschäftslbens weiter auszubauen. Als amtliches Organ des Museums wird seit Frühjahr 1917 die „Leipziger Mustermesse“ herausgegeben, welche

